

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Reihsteln, Wistahly.

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Gold-
stern, Stellen- und Wohnungsgeluche, Familien-
nachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldsternige. — Kellam-
preis: 2 Millimeterzeile 4spaltig ober deren Raum im Text 30 Goldsternige

Freitag, 6. Juni 1924

Bezugspreis: Bei wochentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2.— im
abz. 10 Pf. Einzelst. durch Straenb. u. Abste. 10 Pf.
Rebation und Expedition Breslau, Krasnitzer Straße 60. — Postkontor
Breslau Nr. 310 69. — Fernsprecher: Breslau, Mina 5887.

Am 29. Juni Arbeitertongre und Roter Tag!

Aus Berlin wird uns mitgeteilt:
Auf Antrag der Arbeitertongresse für Sachsen, Magde-
burg-Anhalt und zahlreicher Großbetriebe der wichtigsten In-
dustriegebiete Deutschlands ist der
Arbeitertongre und der Rote Tag auf den 29. Juni
verschoben worden.

Diese Verschiebung soll eine noch bessere Vorbereitung des
entscheidenden Kongresses ermöglichen. Man ergeht an alle
Parteilgenossen, oppositionelle Betriebsräte und Gewerkschaft-
ler die Aufforderung, den Kongreß und Roten Tag mit alle-
ner Energie vorzubereiten. Die bisherigen Delegations-
meldungen zeigen, daß der Arbeitertongre in den breiten
proletarischen Massen verankert ist. Der Beschluß der Versammlung
wurde trotz mancher Bedenken gefaßt.

Am 29. Juni wird der Arbeitertongre und
der Rote Tag bestimmt stattfinden. Eine weitere
Verlegung ist in der sich täglich verschärfenden Si-

tuation ausgeschlossen. Die drei Wochen müssen restlos
in den Dienst der Mobilisierung der Hand- und Kopsarbeiter
gestellt werden, damit der 29. Juni eine wirkliche Heerschau des
deutschen Proletariats steht!

Ja, es muß darüber hinaus auch der werktätige
Bauer und der verelendete Mittelständler bei uns in Schle-
sien angesprochen und mobilisiert werden. Der für den 2. Pfingst-
tag nach Oppeln einberufene Bauernkongre Ober-
schlesiens muß zugleich einen Markstein dieser unserer Vor-
bereitungen zum Kongreß der Arbeit und zum Roten
Tag werden.

Ueber alle Versammlungen, Delegationen, Beschlüsse zum
29. Juni muß, wie teilweise schon geschehen, in der „Schlesischen
Arbeiterzeitung“ Bericht erstattet werden.

Es gilt, dem Reichstag der Konterrevolution den Reichs-
tag der Arbeit, den Kongreß der Werktätigen entgegenzustellen!
Nun vorwärts! Organisiert! Rustet! Bereitet Euch vor! Der
Boben wird heiß in Deutschland!

Es lebe der 29. Juni, der Tag des Proletariats!
Es lebe der Kongreß der Arbeit! Es lebe der Rote Tag!

Angriff bereits die allergrößte Erregung ausgelöst. Die Ar-
beiter fordern von den Gewerkschaften schon jetzt, diese Absicht
der Unternehmer durch den allerschärfsten Widerstand der ge-
samten rheinischen Metallindustrie zu vereiteln.

Der Kampf im Ruhrrevier begonnen. (Eigener Drahtbericht.)

Am 5. Juni.
Im Ruhrrevier haben die Belegschaften der Gruben
Westerf., Karl Friedrich, Goulet und Laueid nach 7 Stun-
den die Arbeit verlassen. Die Unternehmer antworteten mit
der Ausperrung ihrer Belegschaften. Die abteilsgemein-
schaftlichen Gewerkschaftsführer versuchen die Arbeiter von der
Arbeitsniederlegung nach 7 Stunden abzuhalten. In allen Or-
ten des Ruhrreviers finden öffentliche Bergarbeiterversamm-
lungen statt.

Neue Presseverbote. (Eigener Drahtbericht.)

Am 5. Juni.
In Sachsen hat der sozialdemokratische Innenminister die
beiden kommunistischen Tageszeitungen, den „Kämpfer“ (Scher-
nigh) und das „Vollblatt“ (Dresden), „bis auf weiteres“ ver-
boten. Das Verbot wird begründet mit verschiedenen Artikeln,
die das Proletariat zum rastlossten Kampf gegen Faschis-
mus und Konterrevolution aufrufen.

Zugleich hat der Innenminister der Thüringer Faschisten-
Regierung die kommunistische „Rote Zeitung“ (Erfurt) und ihre
beiden Kopfbatter auf drei Wochen verboten. Als Grund wird
die allgem. Tendenz der Zeitung angegeben.

Genau so ging man es im letzten Jahre an. Man be-
gann mit dem Verbot der kommunistischen Kampfbatter, um
das Verbot der kommunistischen Partei vorzubereiten. Diese
fortgesetzten systematische Schläge gegen die KPD bedeuten
ebenso viele Warnrufe für die dreizehnte, viel Millionen, die
sich zur KPD. bekennen, für das gesamte Proletariat!

Das Kabinett der Schrittmacher.

Nach der üblichen deutschen Regierungskrise von zwei
Wochen mit allerlei Schiedungen und Pokenschader hinter den
Kulissen ist die „neue“ Regierung gebildet. Die alte Regie-
rung Marx bleibt im Amte; die Regierung Marx, d. h. die
Regierung des zivilen und militärischen Aus-
nahmestandes, des Abbaues der Sozialpoli-
tik, der Kapitaloffensive. Es wäre falsch zu glauben,
daß damit der Burgerblut, d. h. die Regierung der deut-
sch-nationalen Junker, Schwerindustriellen und mittelstandlichen Mi-
nister erledigt wäre. Das hieße statt der wirklichen Machtver-
hältnisse die Welt der parlamentarischen Schiedungen für ent-
scheidend zu halten.

In Wirklichkeit besteht der Burgerblut schon heu-
te. Die gesamte Bourgeoisie steht unter Führung der Schwer-
industrie und ihrer konterrevolutionären Organisationen. Und
ebenso wie die Deutschnationalen sich gebildet haben, die Ab-
kehrung der Erfüllung des Sachverhaltigen Gutachten zu
fordern, ebenso sind die Marx, Geyler und Strese-
mann nicht weniger arbeitfeindlich als die Dietrich und
Gera.

Es ist nur eine Frage der Zeit, ob die Regierung Marx
die Schrittmacherin des Burgerblutes, d. h. des
Bürgerkrieges gegen die Arbeiter, diesem Burgerblut Platz
machen wird. Sie wird höchstens bis zur Annahme des Sach-
verhaltigen-Gutachtens im Amte bleiben. Denn die Deutschna-
tionalen hoffen wohl, dadurch dem Odium der Erfüllungs-
politik entgehen und eine gefahliche Blockade vor ihren
kleinbürgerlichen Anhängern vermeiden zu können.

Die neue Regierung ist nur die Schrittmacherin des Bür-
gerblutes, ein verhaltener Burgerblut. Das zeigt sich im
Reichstag, wo die gesamte bürgerliche Meute im
Verein mit den Sozialdemokraten unter Führung
des deutschnationalen Präsidenten Wallraf versucht, die kom-
munistischen Abgeordneten außer Gesetz zu stellen.

Die neue Regierung ist zugleich eine verhaltene, große
Koalition. Der „Vorwärts“ führt der Regierung Marx, der
Regierung des Seefeldschen und Jarreschen Ausnahmestandes
die volle Unterstützung der Sozialdemokratie auf ausgrenzte-
tem Gebiet.

Aber außenpolitische Unterstützung der Annahme
der Dawes-Pläne, d. h. der Kolonisierung Deutschlands, be-
deutet innerpolitisch die Zustimmung zur Auslieferung
der Eisenbahnen an das Großkapital, zur Auslieferung der Ar-
beitermassen mit Milliardensteuern, zur vollständigen Verfla-
mung der deutschen Arbeiter. Nicht umsonst fordert der „Vor-
wärts“ die Regierung Marx auf, die „Republik“ gegen die
Kommunisten zu „kämpfen“, d. h. die KPD. mit Seefeldschen
und Severinischen Methoden zu unterdrücken.

Wenn die „neue“ Regierung Marx keine andere Politik
machen wird, als es die Deutschnationalen verlangen, die die
ihren Herren der Situation sind, wenn sie auch noch

Oberschlesien ist fest und einig!

Betriebsratekongre. — Einer, der dem Kerker entrann. — Vor einem
Metallarbeiterkampf im Ruhrgebiet. — Kampfbeginn im Ruhrrevier.

(Eigener Bericht.)

Hindenburg, 5. Juni

Am gestrigen Mittwoch tagte in Hindenburg erneut der
oberschlesische Betriebsratekongre, um nach dem un-
bewußten Verrat an der Ruhr zur augenblichlichen Streiklage
Stellung zu nehmen. Der Kongreß beschloß, Vertreter der
Betriebsratekongre zusammen mit drei Gewerkschaftsvertretern
nach Berlin zu entsenden. Der Kongreß beschloß, den General-
streik mit aller Energie und Gesamtheit so lange fortzusetzen,
bis ein annehmbares Resultat erzielt sei. Im übrigen ist die
Lage unverändert; die täglichen Meldungen der bürgerlichen
Presse sind nach wie vor Schwindel.

Ueber diese Betriebsratevollversammlung geht uns fol-
gende ausführliche Meldung zu:

Der sozialdemokratische Bergarbeiterfuhrer Franz er-
hieltete unter großer Unruhe der Versammlung Bericht über
den Schiedspruch, welcher vom BVB. angenommen und zum
Abbruch des Kampfes im Ruhrgebiet führte. Darauf erklärten
die Vertreter der Betriebe, daß nun eine neue Situation
auch für die ober-schlesischen Bergarbeiter eingetreten sei und
man untersuchen muß, wie trotzdem der Kampf in Ober-
schlesien zugunsten des Proletariats zu Ende geführt werden
könne. Es wurde gefordert, daß eine Verhandlungskommission
zur Regierung gesandt werde, damit für Oberschlesien derselbe
Schiedspruch wie für das Ruhrgebiet in Frage komme. Der
BVB.-Führer Franz erklärte, daß ihm die Regierung mitge-
teilt habe, sie werde unter keinen Umständen mit der Streik-
leitung Oberschlesiens verhandeln; sondern nur mit dem Berg-
arbeiterverband (!!). Darauf entstand in der Versammlung
große Erregung.

Genosse Walter von der Union zeigte der Ver-
sammlung, wer die Schuld an dem Abbruch des Kampfes
im Ruhrgebiet trage. Er stellte fest, daß die Gewerkschafts-
Burokratie im Ruhrgebiet aufs neue einen schändlichen Verrat
an der Arbeiterschaft get habe. Es darf nicht zugelassen wer-
den, daß die Gewerkschafts-Burokratie auch in Oberschlesien
Verherrlichung anrichte.

Der Sozialdemokrat Franz glaubte, durch längere Aus-
führungen die Wirkung der Rede des Genossen Walter ab-
schwachen zu können, indem er nachzuweisen versuchte, daß die
Gewerkschafts-Burokratie in Oberschlesien alles getan habe, um
den ober-schlesischen streikenden Arbeitern zu helfen.

Genosse Hesselbarth trat diesen Ausführungen scharf ent-
gegen und wies von neuem nach, daß auch der ober-schlesische
Kampf durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerks-
chaftsburokratie zu einem ungunigen Abschluß kommen muß.
Hesselbarth erklärte, die Gewerkschafts-Burokratie sei zum Kampf
gegen das Proletariat gezwungen, weil sie im Dienste der
Sozialdemokratie deren Politik mitmachen muß und somit sich
auch in den Dienst der heutigen, wie jeder kapitalistisch-faschis-
tischen Regierung zu stellen gewillt ist. Die Sozialdemokratie ist
es auch, welche das Sachverhaltigen-Gutachten zuerst angenom-
men hat und alles anwendet, um es zur Durchführung zu
bringen. Die Arbeiterschaft muß daher, wenn das Sachver-
hältigen-Gutachten durchgeführt werden soll, geschwächt und
niedergehalten werden, wie es von dem Vertreter der Groß-
industriellen, Dr. Sorae, verlangt und von der Sozial-
demokratie betrieben wird.

Weiter erklärte Hesselbarth, daß die Bergarbeiterfuhrer
nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch im Senftenberger und
Waldenburger Gebiet den treffendsten Beweis geliefert haben,
daß sie gewillt sind, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Wenn
es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit der Ar-
beiterkraft ernst meint, nun, so haben sie ja die Möglichkeit,
dies zu beweisen. Franz mögte sich um den ober-schlesischen Ar-
beitern zu einem Erfolg zu verhelfen, unversandlich mit dem
ADGB. in Verbindung setzen, damit dieser auf die Regierung
drücke, mit den streikenden Arbeitern sofort Verhandlungen ein-
zuleiten.

Oberschlesien wird dann den Beweis haben, daß der
ADGB. und der Bergarbeiterverband im Bekahren die Nie-
derlage des ober-schlesischen Proletariats schon deshalb will, um
die revolutionären Betriebsräte niederzuschlagen zu können.

Ein weiterer Beweis, daß der ADGB. und die Gewerks-
chafts-Burokratie insgesamt nicht gewillt ist, die Kämpfe
der Arbeiterschaft zu einem Erfolg zu führen, ergibt sich aus der
Haltung des Eisenbahner-Verbandes, der doch in diesem Früh-
jahr eine Abstimmung hat vorzunehmen lassen, welche besagte,
daß bei günstiger Gelegenheit der Kampf für die Wiedererober-
ung des Achtstundentages aufgenommen werden soll. Für die
Eisenbahner gab es keinen günstigeren Moment zur Kampf-
aufnahme als die Zeit der Bergarbeiterkampfe! Die Ver-
sammlung unterstrich diese Ausführungen mit starkem Beifall.

Aus der Versammlung wurde ein Antrag gestellt, daß
drei Gewerkschaftsvertreter und Vertreter der Streikleitung zu-
sammen nach Berlin fahren müssen. Diesem Antrage wurde von
der Gewerkschafts-Burokratie zugestimmt; die Herren Sozial-
demokraten erklären aber aufs neue, daß sie die Verant-
wortung nicht übernehmen, wenn die Vertreter der Streik-
leitung zu den Verhandlungen nicht zugelassen werden.

Der Genosse, Reichstagsabgeordneter Jaddasch, eben-
freigelassen, erscheint in der Versammlung und wird mit großem
Jubel empfangen. Freudig nimmt die Versammlung die Mit-
teilung entgegen, daß es dem Genossen Marxgraf gelungen
sei, den Weg in die Freiheit zu finden (mit anderen Worten:
zu entweichen). Von Jaddasch wird gewünscht, daß er
als Führer der Union in Oberschlesien zu der Situation sprechen
dürfe. Jaddasch erklärt, es sei selbstverständlich, daß alles getan
werden muß, um den ober-schlesischen Kampf zu einem würdevollen
Abschl zu bringen.

Die Versammlung beschließt darauf, so lange im Streit
zu verharran, bis ein annehmbares Resultat erzielt sei.

Nach den Bergarbeitern die Metallarbeiter! (Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 5. Juni.

Die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie hat, nach-
dem sie bereits das Wagnabkommen geillndigt hat, ebenfalls
das Arbeitszeitabkommen zum 1. Juli geillndigt. Sie
verlangt als normale Arbeitszeit ausschließlich der Parva die
60-Stundenwoche. Das bedeutet das Zwischschichten-system.
Direktor Kaabe, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, er-
klärte, daß die Metallindustrie Millardet würde, wenn die
Arbeitszeitfrage nicht im Sinne des Zwischschichten-systems gelöst
würde. Unter der Metallarbeiterschaft hat dieser proponentische

5 Wochen grundlos in Haft.

Smolka frei. — Regime Kleibömer-Vogel. — „Zaristische“ Polizeiwirtschaft in Breslau.

Breslau, 6. Juni 1924.

Freisprechung des Angeklagten auf Kosten der Staatskasse.

Genosse Rechtsanwalt Simon der die Freisprechung als Selbstverständlichkeit bezeichnete, brandmarkte das Verhalten der Breslauer Polizei auf deren Veranlassung der Angeklagte fünf Wochen unschuldig in Untersuchungshaft gefesselt. Das Gericht sei verpflichtet, dem Angeklagten eine Entschädigung für die Untersuchungshaft und die baren Auslagen zu erstatten.

Wir geben

zwar keinen Rechtsvorstellungen entgegen, wenn die in Breslau beliebte Methode politische Angeklagte ohne triftigen Grund in Haft zu halten, weiter einreißt. Genosse Smolka sagte hinzu, daß seine Verhaftung, lediglich erfolgte, um ihn zu behindern, seine Kräfte anlässlich des 1. Mai, der Wahlen, des Bergarbeiterstreikes und des „Deutschen Tages“ in den Dienst des Proletariats zu stellen. Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen und erhält seine baren Auslagen vergütet. Die Haft wird aufgehoben.

Die Richtigkeit unserer Behauptung, Kleibömer und Vogel haben in unerhört leichtsinniger Weise den Genossen Smolka der Freiheit beraubt, wird durch das Verhandlungsergebnis ebenso bestätigt, wie im Fall des Genossen Fröhlich.

Und diesen Polizeipräsidenten, dessen Gesetzesverletzungen gerichtsnotorisch sind, nimmt das „Organ der werktätigen Bevölkerung“ die „Vollmacht“ in Schutz!

Diesem Mann — sagt die „Vollmacht“ anlässlich des Tschekaschwindel — „sei nach seinem ganzen Verhalten nicht zu vertrauen, daß er aus Pöswilligkeit Kommunisten verhaftet.“

Dabei hat das sozialdemokratische Blatt es bis heute seinen Lesern verschwiegen, daß Genosse Fröhlich auf Grund der Privatnote dieses ehrenwerten „Demokraten“ drei Wochen in dem verhängten Untersuchungsgängnis saß.

Die Berichterstatterin der „Vollmacht“ hat über jene Verhandlung berichtet.

Die Redaktion aber, hat diesen Bericht unter solchen Umständen es mit dem deutschvölkischen Polizeikommissar Vogel nicht verderben will.

Hat doch Herr Vogel im Interesse der WSPD, seine Rechte ruhe geprobt, und in der Nacht vom 3. zum 4. Mai tausende gegen die WSPD gerichtete Flugblätter der KPD, beschlagnahmt.

Das Schwärzen der Breslauer „Vollmacht“ über die zaristischen Rechtsverhältnisse in Breslau kann nur aufgefaßt werden als ein höflicher Dank an Kleibömers Kommissar Vogel für die Hilfe die er der WSPD geleistet. Eine Hand wäscht die andere...

Die Breslauer Arbeiterchaft aber muß sich mit Ekel und Empörung von einer Partei wenden, die in so große Verbrüderung mit einem laßiglichen Kommisar zu den infamsten Rechtsbrüchen und Gesetzesverletzungen schweigt.

Und nun die Frage: Wie lange noch dauert das unerhörte Regime Kleibömer-Vogel?

nicht an das Tageslicht treten. So verstreut sich die Sozialdemokratie auf Leben und Tod dieser Politik. Sie weiß, daß sie in den Augen der Arbeiter nichts mehr zu verlieren hat. Sie will nur noch die Pöswilligen für ihre Ebert, Seering und Richter retten. Die Front der Konterrevolution reicht von Seering bis Tirpitz und Ludendorff. Die neue alte Regierung ist nur das Bindeglied dieser Kette. Das muß die Arbeiterchaft sich vor Augen halten!

Von dem Ruf der Kommunisten nach Freilassung der Gefangenen empfangen, hat Marx sein Programm, das Programm der Unterdrückung unter den Dames-Bericht, das Programm der verbündeten deutschen und internationalen Räuber verkündet. Unterdessen ist die Wirtschaftsstille mit aller Gewalt hereingebrochen; die kapitalistische Anarchie wächst, die Parteien des Kapitals sind fassungslos, die Situation wird unheilvoll für sie. So wenig die Bourgeoisie samt ihren Lakaien imstande ist, das Gespenst der Krise zu vertreiben, so wenig ist sie fähig, das Gespenst des Kommunismus zu beschwören. Aber fähig, daß revolutionäre Stürme herannahen, konzentriert die Konterrevolution ihren Willen auf ein Ziel: der Revolution die Fesseln anzulegen, „Ruhe und Ordnung“ zu schaffen (wie Dames es befiehlt), noch ehe die Woge der revolutionären Erhebung so stark ist, daß sie jeden Widerstand vernichtet.

Ein Blick auf die Situation wirft ein Artikel des deutschnationalen Professors und Abgeordneten Hochsch in der „Leipziger Abendpost“, stammelnd erklärt er den jetzigen Zustand für „eine Wirtschaft, die im ganzen ruhmlos ist, die unterdrückt in den Bankrott hineinführen muß“. Er erklärt dann weiter: „Draußen im Lande geht ein Gähren und Wühlen der Kommunisten vor sich, die wieder einen Schlag vorbereiten. Wie soll eine Regierung, die sich nicht auf die Deutschnationalen im Reich und in Preußen stützen kann, wie soll sie dieser Gefahr Herr werden?“

Ein anderer Feuerstein erhellt die Situation: Wir meinen die inkonsequente, in allen Parlamenten, in allen kapitalistischen, sozialdemokratischen, völkischen Zeitungen verstreuter Artikelhewissenhebe, wir meinen die einzelnen gewalttätigen Schläge gegen die kommunistische Partei, wir meinen Presseverbote, wir meinen die Verhaftungen...

All dies ist heuchlich genug. Es heißt jetzt Mobilmachung, gesteigerte Rüstung und Organisation! Jawohl wir müssen „wählen“, wir müssen die Arbeiterschaft aufrütteln, wir müssen ihr die Stürme zeigen, die im Anzug sind! Vor allem aber mobilisiert das ganze Proletariat für den Arbeiterkongreß, für den roten Tag, für den 29. Juni!

Die völkischen Nordbanditen freigesprochen.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 6. Juni.

Im Prozeß gegen Thormann-Grandel, die wegen Anstiftung zur Ermordung des Generals Seck angeklagt waren, wurde gestern das Urteil verkündet: Freispruch auf Kosten der Staatskasse. Das Gericht erklärt, daß beide Angeklagte ohne Zweifel die Befreiung des Generals wünschten, aber Verabredung zum Mord würde nur dann so liegen, wenn die Verabredenden übereinstimmend ihren erklärten Willen zur Teilnahme als Täter oder als Gehilfen zum Ausdruck gebracht hätten. Dagegen gäbe es keine Verabredung mit einem Gehilfen, da dieser ja gar nicht den Erfolg wollte.

Wir haben es nicht anders erwartet. Es ist klar, daß die kapitalistische Klassenjustiz nur ihre „Bürgerpflicht“ tut, wenn sie die ganze in dem Prozeß angebaute Glorie des Nordbanditenwesens und des Spiegelschens mit einem Freispruch von laubertlich ausgedehnt lacht. Dieser Freispruch, der nicht nur den Spiegelschens der Abtötung 1a und die Zerstörung 1a fesselt, sondern vor allem konterrevolutionäre Führer wie der alldeutschen Justizrat Glah und eine ganze Menge anderer deutschnationaler und völkischer Persönlichkeiten auf unbeschreibliche Weise charakterisiert hat, war der gesamten Bourgeoisie äußerst unangenehm. Mit diesem Freispruch und mit der täglich weiter anschwellenden Woge gegen die Kommunisten soll der elektrisierende Stumpf verdrängt werden, auf dem die Straßengewalt der Konterrevolution ruht.

Jarres als Patentkrenzer.

Der jungdeutsche Orden gibt vom 1. Juni ab eine neue Tageszeitung heraus. Die an Stelle der Wochenzeitung „Der Jungdeutsche“ tritt. In der ersten Nummer werden Begrüßungsschreiben von Sympathisierenden und Anhängern abgedruckt. An erster Stelle steht dabei der Reichsinnenminister Dr. Jarres, der den „Plan des Jungdeutschen Ordens in der Öffentlichkeit mit einer Tageszeitung zu erscheinen, sehr begrüßt“ und „der neuen Arbeit des jungdeutschen Ordens ein aufrichtiges Glückwunsch zuwünscht“.

Jarres, der sich bei allen falschlichen Paraden der letzten Zeit betätigt hat, darf natürlich auch nicht unter den Förderern des Jungdeutschen Ordens fehlen. Seinem Glückwunschschreiben folgt u. a. ein solches des Baltikum-Schlächters General Graf v. d. Goltz. Er ist mit ihm einig in dem Bestreben, die revolutionäre Arbeiterchaft Deutschlands ebenso wiederzukollegen, wie Goltz in Bismarck und im Baltikum getan hat.

Herr Auer ist „krank“.

Herr Erhard Auer-München hat ein Rekrutierungsmandat niedergelegt. Wie die sozialdemokratische „Münchener Post“ berichtet, geschieht das auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes, der ihn völlig unfähig macht, die Schöpfung aufzusetzen. Es ist bezeichnend, daß er trotz seines „schlechten Gesundheitszustandes“ sein Landtagsmandat weiter behält.

In Wahrheit findet der Auer-Skandal zum Himmel, das selbst die Sozialdemokratie, die doch allerhand Lobal geschuldet ist (siehe Ebert, Noske, Wels, Scheidemann, Hörsing, Seering und ein paar Hundert andere!) ihn nicht länger halten kann. Heber den Fall Auer an dieser Stelle weiteres zu sagen, erbringt sich. Wir verweisen alle Proletarier auf die Biographie, auf den „Roman eines politischen Lumpen“, den wir z. B. abdrucken und der Hr. Exzellenz sozialdemokratischen Kollegen im Betrieb überall zeigen sollte.

Der Gott im Bankrot.

Der Glaubensartikel des imperialistischen Kapitals. Der amerikanische Berichterstatter der „Römischen Zeitung“ (eines der führenden Blätter der kapitalistischen Konterrevolution) berichtet über die Auffassung des amerikanischen Kapitals, wie es sich die Lage in Deutschland vorstellt vor den Wahlen. Es heißt da: „Die Revolutionäre auf beiden Seiten aber würden den Deutschen nicht zuzustimmen, und damit wäre dann die ganze Welt in Aufruhr. Der deutsche Land geschmeckt, denn die Verwirklichung des deutschen Vorkriegs militärischen Deutschland hat die Welt so erschrocken erschrecken, daß kein Beschäftigter und kein unbeschäftigter Arbeiter seinen Lebenszweck nicht wiederherstellen würde.“

Durch tätigen Hungerstreik erzwang Genosse Josef Smolka, der am 29. April an Verhaftung Kleibömers ohne Haftbefehl inhaftiert wurde endlich, daß der Verhandlungstermin auf Donnerstag, den 5. Juni festgesetzt wurde. Was wiederholte Beschwerden, Eingaben und Proteste nicht vermochten, erreichte der Hungerstreik des Genossen Smolka und dessen Betätigung in der „Schief. Arb.-Ztg.“.

Besonders unsere Verdächtigungen, die den Herren Staatsanwälten sehr auf die Nerven fielen, trugen dazu bei, die Terminsetzung zu beschleunigen und dem Skandal ein Ende zu machen.

Die gestrige Verhandlung besuchte erneut die Willkürherrschaft und Gesetzlosigkeit in der kapitalistischen Republik und endete mit

einer blamablen Niederlage

der Herren Kleibömer, Vogel und der Anklagebehörde.

Die Verhandlung zeigte ferner, in welcher bodenlos leichtsinniger Weise der deutschvölkische Post-Kommissar Vogel sein „Anklage-material“ zusammengetragen hatte.

Schon bei der Vernehmung war es dem Genossen Smolka ein Verstoß, die ganze Unbilligkeit und Willkür der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nachzuweisen.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Köhler, behauptete, Dr. Smolka sei nach der Anklage Verfasser eines am 29. April in der „Schief. Arb.-Ztg.“ veröffentlichten Artikels „Sozialdemokraten verbieten die Matkeier“. In diesem sei zur Demonstration aufgefordert worden. Genosse Smolka wies nach, daß dieser Artikel am 29. April mittags erst gedruckt wurde, während er am gleichen Tage bereits um 1/2 Uhr verhaftet worden war. (III)

Die Anklage beschuldigte den Angeklagten ferner, in Flugblättern zur Demonstration aufgefördert zu haben ohne indessen auch nur den Schatten eines Beweises dafür anzuführen zu können, daß Smolka jene Flugblätter verfaßt habe.

Kein Wunder, daß die Richter der Richter und des Staatsanwalts immer länger wurden.

Noch eine Hoffnung blieb. Der Belastungszeuge, Herr Kriminalbeamter Kluße.

Dieser trat ein, schwur bei Gott usw. die „reine Wahrheit zu sagen“ und erklärte:

Mein Name ist Kluße, ich weiß von nichts. Herr Kluße mußte behaupten, daß Smolka als jener Artikel in der „Schief. Arb.-Ztg.“ erschien, bereits hinter Schloß und Riegel lag.

Alle anderen Fragen des Vorsitzenden mußte Herr Kluße entweder mit einem glatten Nein oder mit einem Unschlüssigen beantworten.

Als einziges „Belastungsmoment“ blieb übrig, daß Herr Kluße „gehört“ hat, daß Smolka in einer kommunikativen Versammlung zur Demonstration am 1. Mai aufgefordert haben soll.

Wann und wo dies gewesen, ob in einer öffentlichen Versammlung oder in einer Mitglieder-Versammlung, wußte Herr Kluße nicht.

Gibt der Staatsanwalt schüttelte den Kopf. So etwas ist selbst in Breslau noch nicht dagewesen. Nach einer Verlegenheitspause beantragte der Staatsanwalt die

Dieses Geistesporträt der amerikanischen Bourgeoisie ist eine treffliche Illustration zur Kultur des Hochkapitalismus, zur geistigen Verfassung der herrschenden Klasse in Vorkriegsamerika. Also: wer den Sachverständigenplan ablehnt, ist göttlos! Nichts verdammt die Sachverständigen den Willen Gottes, und ihr Plan ist göttliches Gebot; der Gott der Imperialisten liegt somit in den Banen von Kaiser und brüht seinen Willen durch die Richter aus, und dieser göttliche Wille gepflegt in Washington für das amerikanische Weltkapital!

Das ist eine schätzenswerte Offenheit der fremden amerikanischen Bourgeoisie. Sie zieht den „lieben Gott“ aus dem menschlichen Dandel der Kirchen und setzt ihn als goldenes Kalb in den Bankrot der Priester und die Bankiers. Der Gottesdienst löst sich in Zinszahlung auf. Das Glaubensbekenntnis ist das Sachverständigenkataster.

Die deutschen Arbeiter werden sich die Gottlosigkeit erlauben, und den schändlichen Ausbeuterplan der Sachverständigen, der ihnen außer den deutschen kapitalistischen Hustlungen auch noch die Blutigel der amerikanischen Hochfinanz aufsetzen möchte, ablehnen. Der dabei untergeht, ist allerdings eine andere Frage — vielleicht auch der amerikanische Gott in den Dreijohr der Reagorke-Santen.

Betriebs einschränkungen bei den Deutschen Werken.

Berlin, 5. Juni.

In den Deutschen Werken in Spandau sind 200 Angestellten zum 1. Juli gezwungen, ferner so (ca. 1200) Arbeiter entlassen werden. Als Grund dieser Maßnahme wird die wachsende Kreditnot und gesteigerte Abzahlwierigkeit angegeben. Vor allen Dingen soll das Hüttenwert und Stahlwert fallgelegt werden. Sollte bis zum 1. Juli die Kreditnot nicht beseitigt werden, so müßten noch weitere Einschränkungen der Staatsbetriebe in Spandau vorgenommen werden.

Die Durchführung dieser Produktionskürzungen von Staatsbetrieben zeigt, daß auch der Staat zu denselben Mitteln wie die kapitalistischen Unternehmern greift.

Die Spaltungstrategie der Dismänner.

Aus Rheindt (Niederrhein) wird uns gemeldet: Die Dismänner haben keine Ruhe, bis sie die gesamte Gewerkschaftsbewegung zertrümmert haben, damit ihre Spießgesellen, die Großkapitalisten desto eher die Arbeiter auf die Knie zwingen können. Nunmehr haben sie auch die Ortsverwaltung Rheindt des DWS gehalten, indem sie alle führenden Genossen der Opposition, genau so wie in Neustadt und Solingen, ausgeschloffen haben. Die Mitglieder Metallarbeiterchaft ist über dieser neuen Schandenstreich der Kaiserlicher Kapitalisten nicht außerstande, und wird dem verfluchten Dismanngefeindel die Antwort nicht schuldig bleiben.

Bundeskonferenz der KPD für Rheinland-Westfalen.

Am Himmelfahrtstage trafen die Bezirke Ruhrgebiet, Mittelrhein und Westfalen in Barmen zu einer Bundeskonferenz der KPD für Rheinland-Westfalen zusammen. Die Konferenz besprach die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Aufgäbe, welche der große Bergarbeiterstreik der Partei stellt, sowie die Probleme des 5. Weltkongresses. Das Referat des Berichters der Zentrale über diese Frage fand allgemeine Zustimmung. Aus den Berichten der Bezirksvertreter ging hervor, daß die Kampfbewegung im Ruhrgebiet ungebrochen ist.

Die Taktik der Partei zu den großen Wirtschaftskämpfen, insbesondere die Beschlüsse, die der Zentralausschuß gefaßt hat, wurde gebilligt und Versuche, über diese Taktik hinauszugehen, abgewiesen. Eine Resolution, die sich inhaltlich mit den auf den Bezirksparteitag in Ostpreußen und Halle-Merseburg angenommenen Resolutionen deckt, wurde einstimmig angenommen. Die Stellung des Zentralausschusses zum 5. Weltkongreß wurde gegen 2 Stimmen gebilligt. Die Konferenz bestimmte dann 8 Vertreter für Rheinland-Westfalen zum 5. Weltkongreß.

Entstaatlichung der Staatsbetriebe in Polen.

Polen hat einen ausgezeichneten Staatsbetrieb an Kohengruben, vor allem in Westgalizien, an einer Eisenhütte (die Biachownia-Hütte) im Czenstochauer Bezirk, an mechanischen Werksätten, chemischen Fabriken, wie 51 Prozent der Aktien der Ust A.-G., die Stahlofverbinderungen, Ammoniak, Sprengstoffe herstellt. Außerdem eine größere Anzahl von Mühlen aller Art, Ziegeleien, Sägewerken, Holzbearbeitungsbetrieben usw. in allen Teilen Polens. Schließlich besitzt es drei staatliche Kurorte bei Thorn und in den Karpaten) deren Hotels und Sanatorien zum größten Teil dem Staat gehören.

Die polnische Regierung hat nun beschlossen, sämtliche im Besitz der Staatsverwaltung befindlichen industriellen Betriebe, sowie einen Teil der privaten Betriebe zu verkaufen und zwar bis zum 30. Juni. Polen bietet das typische Beispiel einer „Entstaatlichung“, wie sie von internationalen großen Kapitalistengruppen vorgenommen wird. Es wird nicht lange dauern, und in Deutschland werden gleichfalls auf Grund des Sachverständigenabkommens sämtliche Staatsbetriebe enteignet werden. Sie werden enteignet zugunsten der wenigen großen Kapitalisten, die sich ihren Konzernen angliedern. Es handelt sich nicht darum, daß die Staatsbetriebe in die Hand von wenigen großen Kapitalisten genommen werden, es muß darum gehen, die sämtlichen Betriebe der Kapitalisten und des Staates in den Besitz, unter die Leitung und Aufsicht des Proletariats zu überführen.

Kommunistenjagd in Spanien.

Wie aus Madrid berichtet wird, wurden die Redakteure des kommunistischen spanischen Blattes „Batallas“, die Abgeordneten Comanades und Gasanova und der Vorsitzende der Gewerkschaften in Barcelona auf Befehl des faschistischen Direktors verhaftet und nach den Kanarischen Inseln deportiert.

Das neue Zentralkomitee der KPD.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wurde am 31. Mai der Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei beendigt. Die Partei erhielt den neuen Namen Kommunistische Partei der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken. Unter den 53 Mitgliedern des Zentral-Komitees befinden sich Sinowjew, Stalin, Tschib, Kowlow, Romanow, Bogdanin, Kasimow und andere hervorragende Mitglieder des alten Zentral-Komitees. Neue bekanntere Mitglieder sind: Krasinow und Krasinowitsch. Kibel ist nicht wiedergewählt.

Unser Roman muß heute leider aus Raummangel wieder ausfallen. Wir bitten unsere Leser um Nachsicht. Morgen wird die nächste Fortsetzung erscheinen.

Die neue Aera.

Vom Pol-Büro wird uns geschrieben: Die Umstände, unter denen Genosse Maslow verhaftet wurde, sind ein Novum in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz...

Diese Verbindung von Vergiftung der öffentlichen Meinung, Verleumdung des revolutionären Proletariats und Verhaftung einzelner ist neu in der Geschichte der politischen Justiz...

Das ist etwas für Feinschmecker, eine entzückende Raffinesse, eine pikante, delikate Gemeinheit. Wie ordinär, provinziell ist die plumpe Lüge vom „auf der Flucht erschossen“ werden...

Aber auch diese Teufelei war umsonst. Das beweist der mit einer Steigerung der großen Mittel-erfolge rächte Angriff von acht Tage später. Diesmal ist die Methode zwar gemeiner, aber plumper...

Nun die dritte Neuerung der Justizreform. Es ist ständige Praxis, nicht erst seit 1918, sondern schon zu Wilhelms Zeiten, daß Gefangene mit ihrem Anwalt allein sprechen können...

Doch damit nicht genug. Den Genossen Maslow und Pfeiffer hat der Untersuchungsrichter für die ganze Dauer der Untersuchungshaft verboten, kommunistische Literatur zu empfangen...

Als letztes Glied in der Kette sei an die Verhaftungen von kommunistischen Abgeordneten in jüngster Zeit erinnert und an die Ablehnung der sofortigen Haftentlassung durch den Reichstag.

Kampfbefehl. Es ist der Anfang des Angriffs der Bourgeoisie. Aber auch das Proletariat ist erst im Angriff, und seine Reserven sind größer als die der Bourgeoisie.

Schicksaligen als Vorbereitung für das Parteiverbot. Der Prozeß gegen Thormann/Grandel („Seid-Attenläter“) und gegen den Sarden-Attenläter Anleermann ist der bürgerlichen Klasse Deutschlands außerordentlich unangenehm.

Wie gemeldet, hat der 13. Parteitag unserer russischen Bruderpartei am 31. Mai seine Arbeiten beendet. Der Parteitag, dem nach den langdauernden und leidenschaftlichen Diskussionen besondere Tragweite beigemessen ist, hat die Resolution, die wir durch Sonderbericht der „Internationalen Pressekorrespondenz“ erhielten, einstimmig und unter großer Begeisterung angenommen.

Resolution des Parteitages der R.P. Rußlands zum Bericht des Zentral-Komitees.

Land, zur Förderung der Bauernwirtschaft, (landwirtschaftliche Kredite usw.) und Hebung des Kulturniveaus des flachen Landes. Der Parteitag konstatiert, daß das Zentralkomitee der Partei zur rechten Zeit die weitangelegte Geldreform durchgeführt hat...

Die Zeit naht, wo die gesamte Grundmasse des Proletariats unserer Union in die Partei eintreten wird. Der Parteitag beauftragt das Z.K., die ganze Arbeit in derselben Richtung weiterzuführen, damit die überwiegende Majorität der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehe...

Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die Verbindung mit dem besseren Teil der städtischen und ländlichen Lehrerschaft, den landwirtschaftlichen Fachmännern und den anderen Schichten der werktätigen ländlichen Kopfarbeiter eine engere wird...

Der Parteitag begrüßt die Schritte, die vom Z.K. unternommen worden sind zur Durchführung der durchaus notwendig gewordenen Reform im Kriegssamt und die Durchführung dieses Amtes durch Parteiarbeiter. Im Zusammenhang mit der Rolle der territorialen Organisationen der Wehrmacht des Landes lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit der tatkräftigsten Arbeit zur Festigung des kommunistischen Einflusses in ihnen.

Der Parteitag beauftragt das Z.K., ebenfalls entschieden und fest, wie es bisher war, die Parteieinheit und die konsequente Linie des Bolschewismus vor jeglichen Abweichungen zu wahren. Nachdem die Partei den Genossen Lenin verloren hat, ist die Sache der Sicherung der vollkommenen Parteieinheit nicht wichtiger und notwendiger geworden, als es bisher der Fall war.

geleuchtet, und damit die deutsche Ebert-Republik erheblich kompromittiert. Um von den Ergebnissen dieser Prozesse abzulenken, begannen Regierung und bürgerliche Parteien eine neue Bekämpfung gegen die Kommunisten.

Sie sticht sich jetzt um so mehr auf das von dem Sozialdemokraten Lobe im Reichstage vorgetragene Spießmaterial des Oberreichsanwalts. So blöde und widersprüchlich dieses Material auch ist, es dient der Regierung und dem Bürgertum dazu, dem Spießbürger das Verbot der kommunistischen Partei begründet erscheinen zu lassen.

Die Parteiverbote sollen wie im Herbst vergangenen Jahres das Parteiverbot vorbereiten, damit die Kommunisten nicht in der Lage sind, die Schwindelnachrichten amtlicher Stellen zu widerlegen.

Land, zur Förderung der Bauernwirtschaft, (landwirtschaftliche Kredite usw.) und Hebung des Kulturniveaus des flachen Landes.

Der Parteitag konstatiert, daß das Zentralkomitee der Partei zur rechten Zeit die weitangelegte Geldreform durchgeführt hat, die für den gesamten wirtschaftlichen Aufbau des sozialistischen Proletariats von gewaltiger Bedeutung ist.

Der Kongreß konstatiert, daß das Z.K. der Partei deutlich das in der jetzigen Periode der R.P. (Neuen ökonomischen Politik) unvermeidliche Wachstum der neuen Bourgeoisie sieht und alle entsprechenden ökonomischen und politischen Maßnahmen durchführt, die sich aus dieser Tatsache ergeben.

Mit besonderer Genugtuung vermerkt der Parteitag die politische Initiative und die Arbeit des Z.K. anlässlich der Lenin'schen Aufgebotes. Nachdem die Deklassierung des Proletariats halt gemacht hatte, nachdem die Sowjetregierung die ersten bedeutenden Erfolge an der Wirtschaftsfreierungen hatte, wurde es möglich, Hunderttausende von neuen Mitgliedern, Arbeitern aus den Betrieben für die Partei zu gewinnen.

Die Zeit naht, wo die gesamte Grundmasse des Proletariats unserer Union in die Partei eintreten wird. Der Parteitag beauftragt das Z.K., die ganze Arbeit in derselben Richtung weiterzuführen, damit die überwiegende Majorität der Parteimitglieder in der nächsten Zeit aus Arbeitern bestehe...

Das Steigen der politischen Aktivität der Arbeitermassen stellt die Partei vor die ernsthafte Aufgabe der Gewinnung der breiten Massen für das aktive Wirken in den Sowjets, den Gewerkschaften und Genossenschaften.

Der Parteitag beauftragt alle Parteiorganisationen, ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, daß die Verbindung mit dem besseren Teil der städtischen und ländlichen Lehrerschaft, den landwirtschaftlichen Fachmännern und den anderen Schichten der werktätigen ländlichen Kopfarbeiter eine engere wird. Zu diesem Zweck muß die Partei in erster Linie eine ernsthafte Beachtung schenken der Verbesserung der materiellen Lage dieser Schichten.

Der Parteitag begrüßt die Schritte, die vom Z.K. unternommen worden sind zur Durchführung der durchaus notwendig gewordenen Reform im Kriegssamt und die Durchführung dieses Amtes durch Parteiarbeiter. Im Zusammenhang mit der Rolle der territorialen Organisationen der Wehrmacht des Landes lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Partei auf die Notwendigkeit der tatkräftigsten Arbeit zur Festigung des kommunistischen Einflusses in ihnen.

Der Parteitag hält für notwendig, daß den kommunistischen Hochschulen eine ernstere, alleseitige Unterweisung seitens der Partei gewährt wird, als es bisher der Fall war. Der Parteitag beauftragt das Z.K. mit aller Aufmerksamkeit die Verbesserung der Arbeit in den Hochschulen anzugreifen zu nehmen.

Der Parteitag beauftragt das Z.K., ebenfalls entschieden und fest, wie es bisher war, die Parteieinheit und die konsequente Linie des Bolschewismus vor jeglichen Abweichungen zu wahren. Nachdem die Partei den Genossen Lenin verloren hat, ist die Sache der Sicherung der vollkommenen Parteieinheit nicht wichtiger und notwendiger geworden, als es bisher der Fall war.

Die Pfingstjugendtage gegen das Faschistengefindel.

Stärkt die Kampfreihen am Roten Tag in Leipzig.

Jugendproletariat!

Die kommunistische Partei, die unergründliche Führerin des revolutionären Proletariats, hat zu einer gewaltigen Demonstration aufgerufen. Auf einem „Roten Tag“, der am 29. 6. in Leipzig abgehalten wird, sollen viele hunderttausend revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen aus allen Teilen der Ober-„Republik“ demonstrieren, um ihre Stimme und ihre Faust zu erheben:

**Gegen den konterrevolutionären Faschismus;
gegen die noch brutaleren Verflüchtigung und Verelendung durch den Sachverständigenrat;**

Für die Übernahme der Nacht durch das Proletariat!
Auf dem „Roten Tag“ in Leipzig müssen Seite an Seite mit den erwachsenen Proletariaten die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen marschieren. Der junge, vorwärtsstürmende revolutionäre Vaterland muss sich vereinigen mit der unerschütterlichen Zähigkeit und Erfahrung der älteren Revolutionäre. Beide vereint, müssen eine eiserne Schlachtfront bilden, an der alle Angriffe der Polizei zerfallen und vor der die Faschistenbanden auseinanderfliehen.

Wir fordern Euch auf, in großen Scharen nach Leipzig zu marschieren und am „Roten Tag“ teilzunehmen.

Aber die Kampffront gegen den Faschismus muss Pfingsten eine viel größere sein als je zuvor. Jeder, auch der letzte junge und erwachsene Proletarier, muss an diesem Kampfplatz in den Reihen der demonstrierenden revolutionären Arbeiterklasse stehen.

In allen anderen größeren Städten Deutschlands veranstaltet deshalb die kommunistische Jugend Deutschlands

Pfingst-Jugendtage.

Sie stehen unter demselben Zeichen wie der „Rote Tag“ in Leipzig. Auf allen diesen Demonstrationen wird der vielstimmige Ruf erschallen:

**„Nieder mit dem konterrevolutionären Faschistenpud!“
„Nieder mit dem Sachverständigen-Rat, das neue
Lasten auf die Schultern des Proletariats türmt!“
„Her mit der Diktatur des Proletariats!“**

Das sind die wichtigsten Losungen, die Ihr zu vielen Tausenden auf den Pfingst-Jugendtagen demonstrieren müßt.

Jugendproletariat! Sorgt dafür, daß diese Kundgebungen wirklich zu Massenkundgebungen werden. Sorgt für die Mobilisierung eines jeden Klassengenossen. Denn in die Wochen steht vieles, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es ist eine Frage des kraftvollen Auftretens der gesamten Arbeiterklasse, ob das Faschistengefindel noch lange über dem Proletariat die Hungerlöffel schwingen soll oder nicht.

Auf sogenannten „Deutschen Tagen“, „Schlageterfeiern“ und ähnlichen Paradedemonstrationen haben Faschisten versucht, die Straße zu erobern und sich damit den Weg zur offenen Diktatur freizumachen. Verkommenes Prinzipgegendel, abgekankte Generäle und Admirale, also die schlimmsten Feinde des Proletariats und Anhänger der dreifachen Kaiserkrone sind die Veranstalter dieser „Deutschen Tage“. Das sagt deutlich genug, welchen Zwecken die ganzen Faschistenparaden dienen sollen. Sie sind proletarierfeindlich und deshalb müssen sie auseinandergerissen werden.

Wie in Halle und Fürstentum durch das aktive Auftreten der revolutionären Proletariaten die Faschisten von der Straße vertrieben wurden, oder sich nur unter dem Schutze der Polizei des Sozialdemokratischen Erbes zeigen konnten, so muß bei allen kommenden Versuchen der Faschisten die gefasste proletarische Zielsetzung zwischen die Paraderichterlichkeit fahren.

Die Demonstrationen in Leipzig und auf den Pfingst-Jugendtagen müssen Merkmale im Kampf gegen den Faschismus sein, an die die ganze bürgerliche Gesellschaft noch lange denken soll.

Und erhebt in Leipzig wie auf den Pfingst-Jugendtagen eure Stimme gegen den raffiniertesten Verflüchtigungsplan, der sich „Sachverständigenrat“ nennt. Gerade Kapitalistische haben ausgearbeitet, wie uns Proletariaten allein am besten die Lasten der Reparationszahlungen abgestulft werden können. Ein Stückchen Brot nach dem anderen, Blutstropfen auf Blutstropfen sollen wir Proletariaten hergeben, damit die Kapitalisten ihre Wirtschaft wieder aufbauen können. Aber wir lassen nicht ab vom Nachdruck und verlangen einen Lohn, der uns genügende Lebensgrundlage gibt!

Hunderttausende Proletariaten im Ruhrgebiet, in Oberschlesien an der Westfront und in vielen anderen Gebieten haben darin lange heroische Kämpfe geführt.

In Leipzig und auf den Pfingstjugendtagen müssen wir unseren Willen zum Kampf neu belunden!

Erhebt auch eure Stimme für die Forderungen der arbeitenden Jugend. Sagt der herrschenden Klasse, daß Ihr Euch nie in das Joch des Arbeitsdienstpflichtjahres zwingen lassen werdet. Rufft in die Welt hinaus die Hungerlöhne, die man Euch zahlt und erhebt eure Forderungen nach höherem Lohn. Verlangt für eure ausgemergelten und verunglückten Körper die vier Wochen Urlaub bei Weiterzahlung des Lohns, die Ihr gebraucht, wenn Ihr nicht allzu früh verrecken wollt. Und gebt der herrschenden Gesellschaft zu verstehen, daß Ihr

für die Diktatur des Proletariats

kämpft, weil Ihr wisst, daß diese Forderungen von der ganzen bürgerlich-sozialdemokratischen Gesellschaft doch nicht bewilligt werden. Brandmarkt den jahrelangen Verrat der Sozialdemokraten und fordert die sozialdemokratischen Jungarbeiter auf, mit uns, mit den Klassenkämpfern, mit den Kommunisten den Kampf zu führen.

Der Witz jedes Arbeiters ist Pfingsten in den Demonstrationen der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend!

Gegen den Faschismus!

Für die proletarische Revolution!

Zentrale der K. P. D. Leipzig.

Aufruf!

Am 4. August 1924 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem das europäische Proletariat in Völkermord und Krieg geheißt wurde und an dem die Sozialdemokratie das Bündnis mit Wilhelm II. schloß, an dem sie weiter den Kriegshebern die Kriegskredite bewilligte.

Dann kamen die Jahre der furchtbaren Opfer, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie in den Schützengräben und auf den Schlachtfeldern bringen mußte, bei denen Millionen ihr Leben ließen. Die aber, die aus dem Kriege zurückkamen, haben eine Fülle von Erlebnissen mit nach Hause gebracht. Diese Erlebnisse müssen im revolutionären Kampf des Proletariats gegen den imperialistischen Krieg, gegen den internationalen Kapitalismus als Waffe dienen.

Wir fordern alle revolutionären Arbeiter auf, ihre Kriegserlebnisse niederzuschreiben und uns einzusenden.

Der noch Photographien aus den Schützengräben, aus den Frontkämpfen und aus der Etappe im Besitz hat, den bitten wir, auch die einzusenden.

Wir werden diese Erlebnisse in der Presse und in Büchern unter die breite Masse des Volkes bringen und damit dieser die Folgen der Hege für neue imperialistische Kriege, wie sie betrieben wird durch die Nationalsozialisten, Faschisten und Sozialdemokraten, vor Augen führen.

Berlin, den 5. Juni 1924.

Zentrale der KPD.

Alle Einsendungen sind zu richten an Hugo Eberlein, R. d. L., Berlin E 54, Rosenhauer Straße 38.

Betrieb und Werkstatt.

Die Gottesberger Bergarbeiter

gegen den Verrat des BWB

Man schreibt uns: Die Jahreshilfsversammlung des BWB hatte am Sonntag eine öffentliche Bergarbeiterversammlung einberufen, die sich mit der heutigen Situation im Bergbau befaßte. Ein nach dem Waldenburger Revier delegierter Rumpel aus Oberschlesien gab uns einen eingehenden Bericht über die Streiklage in Oberschlesien und verurteilte dabei aufs schärfste die Passivität der Waldenburger. Er zeigte uns in klarer Weise den herrschenden Kampf der Oberschlesier, insbesondere der Frauen usw., und drückte an Hand von Beispielen den Verrat und die Sabotage des BWB aus. In der freien Aussprache wurden scharfe Angriffe auf die Bezirksleitung des BWB gerichtet, weil dieselbe es nicht für nötig hielt, einen Vertreter in die Versammlungen zu senden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen und an die Bezirksleitung des BWB geschickt:

Die heute am 29. 5. 1924 tagende öffentliche Bergarbeiterversammlung verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der Unternehmer und die Ablehnung der 30prozentigen Lohn-erhöhung. Sie fordert, daß die Organisation sofort eine Lohnforderung von 30 Prozent zu stellen hat und zwar ultimativ so daß binnen drei Tagen eine klare Antwort erfolgt. Sollte diese Forderung abgelehnt werden, so erwidern die Bergarbeiter, daß dem die Organisation so ort den Kampf ausruft. Die Versammlung fordert weiter, daß dem Beschluß der Konferenz vom 13. 5. 1924 — keine Kohle nach dem Siegergebiet zu senden, — Geltung verschafft wird, und fordert, daß diese Kohlenstempel unterbunden werden. Nach Ablauf des Ultimatums ist sofort eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen um dort alle Beschlüsse zu fassen. Die Bezirksleitung wird aufgefordert, den Hauptvorstand des BWB zu veranlassen, den Kampf über das ganze deutsche Bergbau-Gebiet zu erweitern für folgende Forderungen:

1. Wiedereinführung der Stiefenstundensicht unter Tage
2. Wiedereinführung der Achtstundensicht über Tage
3. Sicherung der Knappschaftsrechte
4. 30 Prozent Lohn-erhöhung
5. Einstellung der Erwerbslosen

Die Resolution zeigt, daß die Arbeiterschaft in Gottesberg gewillt ist für ihre berechtigten Forderungen in den Kampf zu treten. Sie ist aber auch gewillt, den Sabotage-Vorwürfen im BWB entgegenzutreten, und an ihre Stelle wirkliche Kampfmittel zu stellen, falls sie auch diesmal unseren Wünschen nicht nachkommen.

14 neue Beier für die „Schl. Arb.-Ztg.“ waren der größte Erfolg dieser Versammlung.

Ein prügelnder Betriebsleiter.

Wir Arbeiter vom Straßenbau bei der Firma W. Th. in Groß-Ranzendorf, sehen uns veranlaßt, das äußerst rabiate Vorgehen des Betriebsleiters Kauf vor aller Welt zu brandmarken. Am Mittwoch, den 28. Mai, kam Kauf auf die Baustelle und stellte fest, daß einige Leute nicht arbeiten wollten. Bemerkte er hier noch, daß die betreffenden Arbeiter barfuß bis über die Knöchel im Dreck stehen müßten, was jedenfalls nicht dazu angeht, die Arbeit zu steigern, da er für einen Stundenlohn von 22 Pfg. pro Stunde Kauf schmeißte den Arbeiter gehörig an, da dieser aber keine Leute verteidigte (er ist nämlich kein Patentreibende), so verlangte Kauf die Zeichnungen vom Straßenbau, wozu er absolut keine Berechtigung hatte. Da der Aufseher die Herausgabe aufs entschiedene verweigerte, packte Kauf, der noch jung an Jahren, den ergrauten Aufseher an der Brust. Auf diese gemeine Gewalttat hin brangen einige Arbeiter hinzu, um den Aufseher zu verteidigen. Das Auftreten eines Autos, welches im Dreck stehen blieb, hinderte die Leute daran, sich endgültig mit diesem seinen Herrn auseinanderzusetzen. Freitag, den 30. Mai, erschien der Oberlandjäger Schaak aus Borsdorf um dem Aufseher die Zeichnungen abzunehmen, und wie einen Verbrecher mitzunehmen. Ein böllischer Nachwächser leitete nun den Straßenbau weiter, der es jedenfalls besser versteht, die Sklaverei zu schwingen.

Strassenarbeiter von Groß-Ranzendorf, wacht endlich auf, tretet mit aller Energie diesem Menschen entgegen. Seid einig und geschlossen, nur dann sind wir stark.

Die Klassenbewußten Arbeiter vom Straßenbau.

Der Fall Auer

über den Roman eines politischen Lumpen.

Kritische Skizze der KPD-Opposition in München.

(Fortsetzung.)

„Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“. Das sagt die Reichsverfassung und ebenso das provisorische Staatsgrundgesetz. Das unausgesprochene Bestreben Auers, durch List, Intrigen und Zurechtweisung den Rücktritt Eisners außerparlamentarisch, noch vor Zusammentritt des Landtags herbeizuführen, war der Versuch, diesem Parlamente das Recht der Entscheidung verfassungswidrig vorwegzunehmen, den Willen des Landtags und in letzter Instanz, den des Volkes auszuscheiden und an deren Stelle die eigene Diktatur und Nebeninstanz autoritärer Hintermänner zu setzen, die im Landtag überhaupt keine Vertretung und im Volke keinen nennenswerten Anhang hatten.

Inzwischen sind fünf Jahre vergangen. Es ist seitdem soviel tatsächliches Material bekannt geworden, daß es nun möglich ist, ein hinreichend klares Bild über die Vorgänge jener Zeit zu gewinnen und über die Rolle, die Auer in dem Kampfe gegen Eisner gespielt hat. Und wenn auch hier, in diesen Zeilen, das letzte noch nicht ausgesprochen ist, so wird nichts Auer vor dem Schicksal bewahren können, daß die kommenden Jahre auch die letzten noch fehlenden Glieder der Kette zutage fördern, die führen von dem Zeitworte an, in der Auer in Gesellschaft Arco, des Eisnermörders, den Reichsadmiral zu brachte, über die Sozialist hinweg bis zu jenem Zeitpunkt, in der Auer nach der Tat dem Mörder einen Rosenkranz geschenkt hat.

Heute heißt es, daß Auer keineswegs aus Unkenntnis gegen den Sinn des parlamentarischen Regimes gehandelt hat, sondern daß er bewußt den Plan verfolgte, die zu erwartende, ihm bereits bekannte Entscheidung des Landtags zu verhindern.

Eisner habe es abgelehnt, eine Koalition mit dem Demokraten oder der bayerischen Volkspartei einzugehen, und erklärte nur als parlamentarische Minderheitsregierung im Amt zu bleiben.

Das gleicht parlamentarisch aufs Haar dem Verhalten der jetzt in England bestehenden Regierung MacDonalds, der es ebenfalls abgelehnt hat, eine Koalition mit einer anderen Partei einzugehen.

Ueblich Branding in England.

Nur war die Stellung Eisners beständlich viel härter als heute die MacDonalds, weil alle offenen Kräfte des Staates gegen ihn und den Folger der Revolution, die rüsteten

und der Versuch einer Regierungsbildung der nichtrevolutionären bayerischen Volkspartei ein absurd-Unternehmen gewesen wäre.

In dem Augenblicke in dem diese Zeilen erscheinen, läßt die „Bayerische Volkspartei“ erklären, daß sie keine Koalition mit Sozialdemokraten und Volksliste trotz des Niederlegungsvertrages der „Münchener Post“ eingehen werde. Sie verlangt, als Minderheit zu regieren und droht bei Widerspruch mit der „höheren Instanz“, dem neuen Appell an das Volk.

Die „Bayerische Volkspartei“ führt nun für sich dieselbe Politik durch, die Eisner 1919 beanspruchte, die einzige, die Charakter hat. Sie kann das, solange sie keine Ueberläufer in ihren Reihen hat.

Eisners Anspruch auf eine parlamentarische Minderheitsregierung war logisch und korrekt. Das begriff auch die Führung der demokratischen Partei. Sie wendete sich also an Auer und teilte ihm mit, daß die demokratische Landtagsfraktion der Regierung Eisner keine parlamentarische Opposition machen werde. Damit war der Bestand des Ministeriums Eisner im Landtag gesichert. Auer hat dieses Angebot der Demokraten dem Minister und Eisner nicht weitergegeben, sondern untergeschlagen. Es wurde erst nach Eisners Ermordung bekannt. Und nun wird verständlich, warum Auer mit allen Mitteln und auf allen Wegen darauf drängte, daß Eisner vor Eröffnung des Landtags zurücktreten wolle. Eben darum, weil die erste Sitzung des Landtags ergeben hätte, daß Eisner selbst von diesem Landtag als Ministerpräsident bestätigt worden wäre.

Auer erhält die Mitteilung, daß die Demokraten Eisner, unabhies durch wohnortliche Neutralität unterstützen wollen. Gleich Eisner und dem Ministerat dies bekanntzugeben, verweigert er sie und verlangt von Eisner, das Gegenteil von dem, was die Demokraten wollten, und somit die Mehrheit des Parlaments unter dem Vorwand, daß der Rücktritt notwendig sei mit Rücksicht auf den Willen des Landtags.

Und noch eines wird so — und nur so — verständlich. Warum Eisner gerade in dem Augenblicke noch ermordet wurde, in dem er in das Parlament wollte.

In dieser Handlung hat im Mai 1920 der „Kampf“, als Auer nach dem Rapp-Putsch wieder aufstand und den Versuch unternahm, durch einen Putsch gegen den „Angsbauer Volkswillen“ sich zu rehabilitieren, folgendes Urteil gesprochen:

„Dieses Ministerium Eisner hat nicht Arco, sondern Auer persönlich rätungs gemacht. Er ist es gewesen, der das Ministerium, dessen parlamentarische Existenz gefährdet war, durch die Abklärung wichtiger Tatsachen in die irrtümliche Auf-

fassung versetzte, es sei parlamentarisch nicht gesichert, und dann direkt und durch die „Münchener Post“ Eisners Rücktritt verlangte.

Arco hat nur den Privatmann oder den Parteiführer Eisner noch hintennach totesgeschossen. Dem Ministerpräsidenten Eisner hatte Auer vorher schon politisch den Dolch in den Rücken gestochen, in dem Augenblicke, in dem er Kenntnis davon erhielt, daß die Existenz des Ministeriums Eisner im Parlamente auf eine sichere Basis rechnen konnte. So hat Auer selbst die sozialistische Regierung gestürzt und den Sieg der sozialistischen Politik in Bayern verhindert. Ohne das wären keine Räterepublik, kamen keine Maitage, wahrscheinlich auch kein Rapp-Putsch.“

Was würde um eine politische Parallele zu geben, MacDonald und England tun, wenn heute einer seiner Minister, Mr. Henderson zum Beispiel, eine Rolle übernahm wie die Auers?

Aber Auers Tätigkeit hat sich, das kann man jetzt sagen, nicht allein auf die intellektuelle Urheberchaft beschränkt.

In dem Augenblicke, in dem Eisner sich zum Landtag begab mit der Erklärung in der Tasche, daß das Ministerium zurücktreten werde, ist Eisner von Arco ermordet worden. Warum in diesem Augenblicke erst, oder warum in diesem Augenblicke noch? Die Ermordung erfolgte in der 3. U., die zwischen der Ministerfassung in der Nacht vom 20. auf 21. Februar lag und der Eröffnung des Landtags am 21. Februar morgens. In weiterer Spanne zwischen dem Abhängen des von Auer angestellten und finanzierten Lotter-Putches am 19. Februar, dem Abhängen der parlamentarischen Intrigen Auers durch die Stellungnahme der Demokraten für Eisner, die Auer dem Ministerat verheimlichte, der Ministeratsitzung mit dem Auer nicht genehmen Ausgang und der Eröffnung des Landtags.

Seit dieser Zeit hat sich durch verschiedene Enthüllungen herausgestellt, daß zwischen Auer und Arco nahe Beziehungen bestanden haben.

Die Reichsadmiral 1919 schon hat Erhard Auer nicht nur in demselben Kreise wie Arco gefeiert, sondern sie haben den Abend direkt nebeneinander verbracht. Dieser Umstand wäre an sich noch nicht hinreichend, einen unbedingten Zusammenhang zwischen Auer und dem Mord zu finden. Er wird es aber durch die Tatsache, daß Auer nachträglich behauptet hat, er hätte mit Arco kein Wort gewechselt. Also nicht einmal über das Wetter und die heißesten Zeiten will er mit Arco gesprochen haben. Diese Behauptung, deren Unmöglichkeit klar zutage liegt, muß Auer erst wirklich belassen

(Fortsetzung folgt.)

Widerstand des Bergbaus hat die kommunistische Partei die Lösung angedeutet: Organisierung der Bergleute.

Gegen den Generalangriff des bürgerlichen Kapitalismus zur Ermüdung der Arbeiter müssen die bürgerlichen Gewerkschaften zum Angriff übergehen, zur Verhinderung der kapitalistischen Ausbeutung und Selbsttötung, zur Durchführung der sozialen Revolution.

Alle Gewerkschaften, das ist ganz zu lassen, sind unzulässig und führen nicht zum Ziel. Das haben die Sozialisten erfaßt und führen deshalb von Kampf gegen die Arbeiterführerschaft durch. Die Arbeiter dürfen nicht zögern, die nötigen Schritte zu tun. Sie müssen sich gegen alle anderen nicht darauf beschränken, die Gewerkschaften zu bilden, damit es aufrecht stehen kann, sie werden es geschnitten. Denn der bürgerliche Kapitalismus ist tief zum Untergang — das ist klar.

Brey, Ludwigshafen und wir.

Der brennende Kampf der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern mußte nach dem Scheitern der Verhandlungen in einem anderen Stadium stehen. Die Arbeiter sind in einem längeren Streit im „Proletarier“ zu rechtlichen und unrichtigen Forderungen übergegangen. Das hat man schon in der Vergangenheit gesehen, nämlich bei den Gewerkschaften in Bismarck, aber niemals so deutlich wie jetzt in der Gegenwart, wie sie sich jetzt in der Arbeiterbewegung zeigt. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Es muß der Kampf um die Gewerkschaften fortgesetzt werden, bis sie nicht alles getan hat, um den Kampf zu beschleunigen. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Unter diesen Umständen wäre der Kampf vorübergehend ruhiger gewesen. Die Interessen der Arbeiter sind aber nicht ruhiger geworden. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Der kommunistische Kampf an dem Kampf der Gewerkschaften ist ein notwendiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

ausgeführt haben, die ihnen vom Staat zur Verfügung gestellt wurden und wo die 600 000 M. geblieben sind, die für die Dampfer geworben wurden. Jetzt werden auch diese Mittel in die Hände der Arbeiter übergehen, die sie für den Kampf gegen den Kapitalismus verwenden werden.

Streikstrategie.

Die Strategie bei einem Streik wird durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, sowohl im Inneren des Streikerevolutions als auch außerhalb. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Die Forderung der gleichen Lohn für gleiche Leistung ist eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiterbewegung. Sie ist ein notwendiger Bestandteil der Kampfstrategie der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind in der Vergangenheit nur als Kampforganisationen entstanden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten. Jetzt sind sie zu Organisationen geworden, die die Interessen der Arbeiter zu vertreten haben. Das ist ein großer Schritt vorwärts.

Gewerkschaft.

Bericht über den 14. Verbandstag des Glasarbeiterverbandes.

Zu gleicher Zeit, als die Oberländer mit Schwarz-weißen roten Fahnen und Militärmusik durch die Stadt Radberg zogen (für Arbeiter ist das bekanntlich streng verboten), hielten die Delegierten des Glasarbeiterverbandes ihren Einzug in die schwarz-weiß-rot geschmückte Stadt. Das Tagungsgelände war mit schwarz-rot-goldener Fahne geschmückt, aber die Schwarz-weiß-rot-roten Farben der Monarchie verminderten sich auf der gleichen Flagge mit den Farben der bürgerlichen Republik.

Die Fronte des Zufalls hat es fertiggebracht, bereits vorher das zu zeigen, was sich auf dem Verbandstag abspielen würde. Im Sitzungssaal selbst hingen die Bilder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Marx, dessen Bild sich während des Ablaufs eines reformistischen Delegierten (Mannmann-Schöckel) die freien Gewerkschaften einer parteipolitischen Gruppe unterordnen, heißt ihnen den Todesstoß versetzen, bewegte, als wollte Marx bestätigen, daß durch die parteipolitische Bindung an die SP. diese bereits den freien Gewerkschaften den Todesstoß versetzt haben, hat doch die Organisation vom 1. Quartal 1920, wo sie 80.736 Mitglieder zählte, einen Rückgang auf 30.116 Mitglieder erfahren. Wenn auf diesem Verbandstag die Reformisten noch eine Mehrheit haben, so haben sie es nur ihren ungeheuren Wahlgeschwindigkeiten zu verdanken. Zahlstellen, die eine reformistische Verwaltung haben, haben doppelt soviel Delegierte erhalten, als sie zu beanfordern haben und den einzelnen Wahlkreisen einfach einen Delegierten aufstrotzt und die Wahlkreise des Wahlkreises sabotiert. Mit dieser zusammengestülpten Mehrheit wurden dann ohne Prüfung der Mandate oder des Stimmrechts die Beschlüsse gefaßt und eine brutale Vergewaltigung der Opposition herbeigeführt die mit über 60 Delegierten, also weit über ein Drittel der Mandate, auf dem Verbandstag vertreten ist. Ohne die ungeheuren Wahlgeschwindigkeiten hätte die Opposition zweifellos die Mehrheit der Mandate gehabt.

Trotzdem haben sie eine ungeheure Angst vor der Opposition, denn sie beschließen, den Vertreter des russischen Verbandes, der auf dem Kongress erschienen war, nicht die Begrüßungsrede halten zu lassen und zwar haben sie mit dem gemeinsamen Vagen operiert, daß dieser Vertreter obgleich die Schicht seines Mandats anerkannt werden mußte, gar nicht aus Russland stammt, trotzdem eine Reihe Kabeberger Glasarbeiter, die in Russland gearbeitet hatten, sich im Privatgespräch überzeugen mußten, daß der russische Genosse tatsächlich der Vertreter der dortigen Glasarbeiterorganisation ist. Mit 90 gegen 64 Stimmen beschlossen die Reformisten, den einzigen Vertreter eines proletarischen Staates nicht sprechen zu lassen. Die deutsche Glasarbeitergesellschaft wird den Delegierten, die gegen den russischen Genossen stimmten, Mitteilung für ihr Verhalten vorlegen.

1. Verhandlungstag.

Wirbig eröffnet den Verbandstag als erster Vorsitzender und begrüßt die erschienenen Delegierten und Gäste. Es sind die Vertreter der Organisation Delegierten aus Frankreich, Schweden, Österreich und zwei Vertreter der tschechischen Organisationen; Begrüßungsschreiben sandten Dänemark, Belgien, Holland, nur England hat nicht geantwortet. Auf der russische Verband hat an uns ein Schreiben geschickt und gebeten, ihn als Gast zuzulassen. Der Hauptvorstand hat das in einer Sitzung mit großer Majorität abgelehnt (Anstehende Anträge und Zuschriften im Saal). Danach erhält der Bürgermeister der Stadt und der Zahlstellenvorstände zu einer längeren Begrüßungsrede das Wort. Zwei Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes sind ebenfalls erschienen, um über die Verschmelzungsfrage mit dem Fabrikarbeiterverband zu beraten.

Fischer-Büchse beantragt, den russischen Delegierten zuzulassen und ihm zu gestatten, die Begrüßungsrede zu halten. In gemeiner, pöbelhafter Weise wenden sich Wirbig und Grünel dagegen; letzterer behauptet, daß die russischen Genossen Schwindler, Betrüger und Lumpen sind. Es entfährt eine sehr heftige Debatte, schließlich wurde mit 90 gegen 64 Stimmen die Ablehnung beschlossen. Darauf wird von Steffen-Berlin der Antrag gestellt, da wegen der lägerhaften Behauptungen der SP.-Fraktion dieser Antrag abgelehnt wurde, eine Kommission einzusetzen, die die Schlichtung des Mandats prüfen soll. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Von Seiten der Opposition wurde dann zur Tagesordnung der Antrag gestellt, die Frauen- und Jugendfrage zu behandeln. Dagegen in der Organisation ein großer Prozentsatz Frauen und Jugendliche sind, wurde dieser Antrag abgelehnt, wodurch zum Ausdruck kam, daß die reformistischen Delegierten in ihrer bornierten Einstellung nicht in der Lage sind, über ihren eigenen Gesichtskreis hinaus zu urteilen.

Dann erhielt Wirbig (erster Vorsitzender) das Wort zum Geschäftsbericht. Mit starken Worten versuchte er, sich gegen die Vorlagen der Opposition zu wehren. Er kam auf den Verfall der Organisation zu sprechen und stellte fest, daß nicht die Richtungsstreitigkeiten innerhalb des Verbandes die Ursache des Zerfalls der Organisation sind, sondern die tiefe Zerrüttung der Wirtschaft und das allgemeine Elend der Arbeiterklasse. Daß die Organisation nach der Stabilisierung nicht wieder die alte Höhe erreicht hat, liegt an der Trägheit unserer eigenen Kollegen. Er kommt auf die Anklage zu sprechen, die gegen ihn erhoben wird, weil er für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Interesse des Volkes beschlossen, dem Gesetz zuzustimmen und nach reichlicher Überlegung hat er dem Gesetz zugestimmt. Er konstatiert ferner, daß bei einer niedergehenden Periode der Wirtschaft unsere Kollegen wohl oder übel Niederlagen in den Kämpfen nehmen müssen. Stets eine Stunde brauchte er zur Verteidigung gegen die Angriffe der Opposition, die nicht auf sachlicher Grundlage ruhte, sondern nur persönlicher Natur war. Er schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es nur eine Richtung geben kann, entweder Amsterdam oder Moskau soll die Leitung der Organisation übernehmen, eine gemeinsame Zusammenarbeit lehnt er ab. Trotz dieser Feststellung verlangt er das Aufheben der fraktionellen oppositionellen Tätigkeit und schloß sein jetzt zweistündiges Referat mit der Aufforderung, über seine Tätigkeit das Urteil abzugeben.

Nachdem der Kassierer und der Redakteur ihre Berichte gegeben haben, berichtet der Ausschuss über die gewonnenen Differenzen und bringt die Meinung zum Ausdruck, daß es notwendig und möglich gewesen wäre, daß beide Richtungen zusammengearbeitet hätten. (Starker Beifall.)

Schluß der Tagung um 6 Uhr.

Gewerkschaftsarbeit.

Trotz wiederholter Aufforderung durch Rundschreiben und Presse haben nur folgende Orte den gedruckten Fragebogen über die Zusammenfassung der Kreise des A.G.B. eingeklärt: Trausnitz, Freiburg, Friedland, Greiffenberg, Jauer, Rohrau, Gengenbühl, Langwatz, Witzsch, Mühlberg, Reiche, Bitterwitz, Radlitz, Streßeln, Wilschendorf, Ziegenhals. — Wir fordern die hier nicht genannten Ortsgruppen auf, endlich ihrer Pflicht zu genügen und diese sowie sämtliche sonstigen Fragebogen, die zur Grundlage einer guten Arbeit in den Gewerkschaften notwendig sind, sofort einzureichen.

Siehe besonders die die Gruppen, die ihrer Pflicht nachgekommen. Wenn dies aber kleinen Erfolg haben sollte, werden wir die Säulen verfortlichen.

D. g. L. i. n. g. S. c. h. l. e. r. d. e. r. A. G. B.

Arbeiterportier!

Was habt Ihr getan?

Tausende tapfere Arbeiter schmachten in den Gefängnissen. Monate Jahre, ja lebenslanglich dringt kein Sonnenstrahl in ihren Kerker. Sie leiden für Euch, ihre Familien sind in bitterster Not! Denkt an sie!

In der Noten Hilfe-Woche vom 15. bis 22. Juni sammelt das deutsche Proletariat für die Opfer der Klassenjustiz!

Sammelt auch Ihr bei allen Sportveranstaltungen!

Breslau.

Salentreu und B.S.P.D.

Im sozialdemokratischen Lager herrscht große Freude. Der heuschreckartige Stadtverordnete Klementa hat sein Stadtverordnenmandat niedergelegt, weil die sozialdemokratische „Schöta“ sein Bestraunungsrecht erlangt hat und ihm nachweist, daß er mehrfach wegen Diebstahl bestraft ist.

Stolz wirft sich die „Volkswacht“ in die Brust und behauptet, die B.S.P.D. Fraktion habe gegen die Wahl Klementas als Beisitzer gestimmt.

Das sozialdemokratische Blatt läßt in diesem Falle bemerkt. Hier ist der Beweis:

Wir empfehlen als:

1. Vorsteher: Herrn Bandmann; Vorsteher-Stellvertreter: Herrn Dr. Gieslich; 1. Beisitzer: Herrn Dr. Seppel; 2. Beisitzer: Herrn Klementa; 1. Beisitzer-Stellvertreter: Herrn Kiebs; 2. Beisitzer-Stellvertreter: Herrn Blasch.

2. Mitglieder in den Wahl- und Verfassungsausschuss die Stadtverordneten: Herr Blasch, Dr. Dulakowski, Dr. Herchel, Hoffmann, Krüger, Mache, Frau Ollendorff, Otto, Paul, Rirke, Scholz, Rudolf, Scholz, Theodor, Thym, Wibera, Fr. Zils zu wählen.

Bemerk.

Beiliegende Liste kann als amtlicher Wahlzettel benutzt werden. Stimmzettel, welche weniger oder mehr als 15 Namen enthalten sind unzulässig.

Breslau, den 17. Mai 1924.

Die Fraktionsvorstände der Sozialdemokratischen, der Deutschnationalen, der Zentrumspartei, der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei.

In trauriger Bundesgemeinschaft mit den Deutschnationalen haben die Sozialdemokraten den Klementa als Beisitzer vorgeschlagen und die „Volkswacht“ besitzt obenstehend noch die Frechheit, vom Bündnis des Hakenkreuzes und des Sowjetsternes zu sprechen, weil unsere Genossen diese Schwärzerei nicht mitmachen.

Nachdem dann die Deutschnationalen, die noch nicht ganz so politisch verblumt sind als die Breslauer Sozialdemokraten, getreu ihren Grundgeden den Juden Bandmann als Vorsteher ablehnten, bekannten sich die klassischen SP.-Brüder auf ihre Prinzipien und lehnten den ehrenwerten Klementa ab.

Wenn das Bündnis zwischen Hakenkreuz und B.S.P.D. also nicht zustande kam, so lag das wahrhaftig nicht an der prinzipiellenen Raufausstaffen der B.S.P.D.

Notstandsarbeiter-Versammlung.

In einer gutbesuchten Versammlung am Mittwoch im großen Saal der „Wirtschafts-Liga“ nahmen die Notstandsarbeiter teil an ihrer Lage-Sitzung. Vom Gewerkschaftssekretär wurde berichtet, daß der Magistrat sich den Notstandsarbeitern gegenüber als würdiger Ausbeuter zeigt. Fast alle in der letzten Zeit gestellten Verbesserungsvorschläge sind abgelehnt worden. Obwohl die paar Groschen, die die Notstandsarbeiter erhalten, zum größten Teil durch die Beiträge der Arbeitenden aufgebracht werden und der Magistrat aus den Arbeiten nur Vorteile zieht, lehnt er jede ernsthafte Beschleunigung ab. Er ist sich noch nicht einmal schuldig, welche Katastrophe hier in Frage kommt. Hieraus erwachen den Notstandsarbeitern auch allerlei Nachzettel.

Gewerkschaftssekretär Krenker, als Mitglied des Verwaltungsausschusses, versuchte zu beweisen, daß er sein möglichstes versucht hat, Verbesserungen zustandezubringen. Er erwähnte u. a. die Bezahlung der Regentzeit, die Verteilung von Lebensmittelkarten usw. Eine große Unruhe (die ihn hinderte, weiterzusprechen) bemächtigte sich der Versammlung, als er erklärte, daß er den Antrag auch mit abgelehnt habe, indem die Arbeiter anstatt der Lebensmittel Geldauszahlung verlangen. Er sagte, daß auf diese Art die Familie meistens leer ausgeht. Um alle Anwesenden von dem Wert der Lebensmittel zu überzeugen, stellte ein Arbeiter sein Paket vor. Verärgert, worauf Krenker, wie der Vertreter des Magistrats zugeben mußten, daß dieselben als Nahrung für Menschen nicht in Frage kommen. In der weiteren Diskussion kamen allerlei Mißstände zur Sprache. So wird bei der Gartenbauverwaltung die Arbeit so nach und nach auf Affordbasis gedrängt. Bei der Einstellung von Ausschüßkassen auf der Straßensbahn will der Magistrat von den Erwerbslosen auch nichts wissen. Auf einzelnen Arbeitsplätzen wird versucht, die Vertrauensleute der Arbeiter auszumachen.

Zum Schluß sah die Versammlung ihren Willen in folgenden Anträgen zusammen. Es wurde beantragt, daß der Magistrat die gewählten Vertrauensleute anerkennt. Die Verteilung von Lebensmitteln soll durch Ausgabe von Gutscheinen geregelt werden. Da die Aussicht auf richtige Arbeit

An alle Kolporteurs der „Schles. Arbeiterzeitung“.

Trotz mehrmaliger persönlicher Mahnungen haben verschiedene Kolporteurs die fälligen Zeitungsgelder nicht an uns abgeführt, ja sie haben die Mahnungen überhaupt nicht beachtet. Wir ersuchen alle Ortsgruppenleitungen sofort bei den Kolporteurs Revisionen vorzunehmen und alle vorhandenen Gelder direkt an uns einzusenden.

Sollte in den nächsten Tagen in den in Frage kommenden Orten die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ausbleiben, so liegt dies nicht an der Expedition, sondern an den hinterlassenen Kolporteurs, die die Zeitungsgelder nicht an uns abführten.

Wir erwarten daher pünktliche Zahlung und setzen Frill bis 7. Juni.

Berlag und Expedition der „Schles. Arb.-Ztg.“

... ist ist, soll die Notstandsarbeit über die vorgefessenen ... ausgeübt werden. Die alten Forderungen in Bezug auf Verteilung von Lebensmittelkarten in größerer Maße (neu zu fassen). Weiter wurde verlangt, daß nun baldig der Magistratsbeamte Spitzel aus seiner Funktion in der ... Wirtshausbesuche verweigert, da der Mann keine ... Empfänden offenbart, dafür aber schnell mit der Polizei zu ...

Sache der gesamten Arbeiterkassiere und insbesondere der ... Bericht eingehend ist es, sich mehr wie bisher um das Wohl und Wehe ihrer arbeitslosen Brüder zu kümmern, dann wird es auch möglich sein, auf jedem Gebiet menschenwürdige ... hältnisse zu schaffen.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 12. d. Mts., fällt aus. — Zum Vorsitzenden des Hauptauschusses wurde Stadtverordneter Dars (Sozialdemokrat) zu dessen Stellvertreter Stadtverordneter ... gewählt.

Die Volksberatungsstelle im Rathaus, eine Treppe (Zahnzimmer) ist im Monat Mai von 980 Personen, 574 Männer, 386 Frauen besucht worden. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: städt. Angelegenheiten verschiedener Art 252, Arbeiterversicherung 12, Angestelltenversicherung 1, Arbeits- und Dienstvertrag 14, bürgerliches Recht 377, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 257, Strafrecht 33, Privatversicherung 2, Jandels- und Gewerbelagen 12. Außerdem wurden 40 ... sache angefertigt und in 93 Fällen Auskunft auf schriftliche Anfrage erteilt. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8 bis 3 Uhr geöffnet.

Aus der Provinz.

Falkenberg. B.S.P.D.-Lige am Sonnabend, den 31. Mai, fand hier eine öffentliche B.S.P.D.-Versammlung ... mit dem Thema: Stellungnahme zum Reichstagswahlgesetz. Referent war der Gewerkschaftssekretär Pelker aus ... Anwesend war vollständig die Falkenberger SP.-Ortsgruppe bestehend aus 4-5 Mitgliedern und weiteren 13-14 Personen wovon 4 Gewerkschaften der SP.D. angehörten. Der Referent ... den verlorenen Forderungen der SP.D. in den Parlamenten ... einige Stellen nach. Dann kennzeichnete er die Politik ... Rechte, besonders der Deutschnationalen, vor und nach ... Wähler mit einigen Sätzen. Nun kam auf was wir ... warteten: eine tüchtige Kommunistenrede. Er suchte alle ... lutionären Ergründungen, den Achtstundentag, Aufhebung ... Ordnung auf das SP.D.-Konto und behauptete, ... nemer die Kommunisten Verrat an der Arbeiterkassiere. ... zerte er, daß die Kommunisten „die Gewerkschaften ... schlagen“, das alte Lied. Da können wir ihm etwas antworten ... Genosse Frenzel (Kommunist) nahm sich der Gewerkschafts ... frage in Falkenberg besonders an. Er versuchte, die ... arbeiter der Firma Runge zu organisieren. Aus diesem Grund ... flog er auf die Straße. Er verfluchte den Arbeitgeber, und ... er zum Termin in Oppeln einen Gewerkschaftssekretär ... seiner Vertretung anordnete, haben ihm diese Verdächtigungen ... Borgen was geprüfften. Das war genau vor einem Monat. ... leicht kann sich dieser faulose Arbeitervertreter Pelker daran ... erinnern. Auf alle Schwindeleien des Redners eingegangen, ... seiner Zweck, denn seine ganze Rede bestand aus großem ... schen und gemeiner Verdrehung der Tatsachen. Unsere Genossen ... riefen ihm bitter „Schwindler“ zu und hörten sich sonst ... Schwindel geduldig an. Als er aber auf das Er ... gleich zu sprechen kam, und behauptete, die Komm ... wäre mit Schuld daran, daß das Ermächtigungsgesetz ... war, wurde es unseren Genossen doch zu bunt. Sie ... nachher die den Referenten einen Schwindler genannt, ... Sozial. Erwähnt muß noch werden: Pelker hatte sich ... dieser großartig behaupten Versammlung nach den Landarbeiter ... sekretär aus Sulzbach herangezogen. Er hatte sicher Angst ... an einer Frage, denn sie war zu groß, zu erwidern, und da ... der andere (daselbst Kaiser) weitermachen. Zur Ehre ... Falkenberger B.S.P.D.-Mitglieder nehmen wir an, daß ... ihrem Borgen selbst nicht den geringsten Teil geglaubt haben ... von dem, was er uns vorgemerket und vorgestammelt hat ...

Waldburg. Schikanen der Behörden gegen ... R. J. Die kommunistische Jugend des Unterbezirks Waldburg und die kommunistische Jugend der Grenzbezirke ... Reichswehrleute hatten eine Zusammenkunft an der ... vereinbart. Bei dem Marsch nach der Grenze stießen die ... Jugendgenossen von Gandschut auf einen Geheimpolitisten, ... welcher nichts Gütigeres zu tun hatte, als unsere Jugend ... zu beobachten, damit sie ja nicht die Revolution ... An der Grenze gestattete der seine Herr den Jugendlichen in ... jenseits der Grenze liegenden Wirtschaft einen kleinen ... einzunehmen, als jedoch die Genossen zurückkehrten, hatte ... nichts Gütigeres zu tun, als dieselben zu notieren. Die ... genossen wurden nun wegen dieses Grenzübertritts mit ... Geldstrafe von 30 Mark (dreißig Mark) oder sechs Tage ... Haft bestraft. Man hat wohl von Seiten der Behörden ... glaubt, daß durch eine herunter hohe Bestrafung die R. J. ... beschüt zerrissen werden kann, vielleicht sind sie nur, durch ... geschlossene Hingehen in den Kerker, durch unsere Jugend eine ... Besseren befehrt worden.

Der Jugend rufen wir zu: „Hell Euch, die Ihr die ... Kaufe durch den freiesten Staat der Welt erhalten habt.“

Den Strohstrahlen rufen wir, die Zeichen der Zeit zu ... dieren und einseitigen Blitze zu verlichten, damit sie ... mit demselben Maße gemessen werden, mit dem sie ...

Straupitz. Die Erwerbslosen entsenden einen ... Delegierten zum Arbeiterkongress. Am 28. Mai ... fand im Reichsgarten zu Straupitz eine Erwerbslosen ... lung statt. Genosse Hornemann behandelte die ... der Erwerbslosen in der gegenwärtigen Situation. In ... lution wurden Mißstände über der ... Die ... werbslosen arbeiten im Afford, werden in den ... stützungsfragen der Rassen gefaßt. Ein ... bereits acht Wochen in der produktiven ... beschäftigt ist, war, als er sich ... einmal bei der Krankenkasse angemeldet. Der ... wurde beauftragt, sofort mit den in Frage ... zu verhandeln. Unsere Hauptforderung ist: ... als ... arbeiter. Zum letzten Tagesordnungspunkt ... lsten Antrag zum Arbeiterkongress zu ... lsten Antrag zum Arbeiterkongress zu ... wurde ...

Verantwortlich für den gesamten Text: ...

